

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister Reul. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Löttgen.

**Bodo Löttgen** (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! „Merken Sie sich das“, das war der letzte Satz des AfD-Abgeordneten Helmut Seifen. Wissen Sie, sehr geehrter Herr Seifen, was ich mir merke?

(Helmut Seifen [AfD]: Ja, ich höre!)

Ich merke mir, dass die Diskussion heute in diesem Landtag gezeigt hat, dass die demokratischen Parteien von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Freien Demokraten Ihre Stereotypen, Ihre Stigmatisierungen, Ihren Ausländerhass

(Lachen von Helmut Seifen [AfD])

nicht teilen. Das merke ich mir. – Das ist der erste Punkt.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Der Zweite ist, dass anscheinend und augenscheinlich Selbstreflexion nun wirklich nicht die Sache der AfD ist.

(Zuruf: Aber der CDU? – Andreas Keith [AfD]: 30 Jahre lang haben Sie Nazis in der eigenen Partei gedeckt und gefördert, und jetzt sagen Sie so was! 30 Jahre lang haben Sie das gemacht! Denken Sie an Herrn Filbinger! Sie stellen sich hierhin und behaupten so was? Lächerlich! – Unruhe – Glocke – Markus Wagner [AfD]: Lass ihn doch sein dummes Zeug erzählen!)

– Ich lasse Sie ausreden, damit Ihre Zwischenrufe gut protokolliert ins Plenarprotokoll kommen und wir sie nachlesen können.

Selbstreflexion ist nun mal nicht Ihre Sache, sondern Sie wollen sich selbst und Ihre Aussagen bestätigen, um sie anschließend in Ihren Blasendiskussionen in den sozialen Medien immer wieder zu beleben. Es tut mir leid, auch da machen wir nicht mit.

Ab und zu ist Ihre Sprache dann doch verräterisch. Helmut Seifen spricht zu Beginn seiner Rede nicht davon, dass jüdisches Leben unser Leben, unsere Gesellschaft bereichert hat. Er spricht schlicht von der Anwesenheit der Juden in Deutschland.

Nein, meine Damen und Herren, jüdisches Leben hat uns bereichert. Es geht um viel mehr als um Anwesenheit. All das ist hier in diesem Plenum von allen Rednern außer von der AfD vorgetragen worden.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Abschließend: Wenn Herr Tritschler meine Rede als „Hasspropaganda“ bezeichnet

(Zuruf von der CDU: Der weiß, wie es geht!)

und uns alle von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen als „heuchlerische Antisemitenimporteure“ bezeichnet,

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

dann, meine Damen und Herren, wissen wir, dass diese Aktuelle Stunde zum Antisemitismus im Landtag Nordrhein-Westfalen bitter nötig war, und zwar nicht nur für diejenigen, die in Gelsenkirchen und an anderen Orten demonstriert und gegen die Verfassung verstoßen haben, sondern auch für diejenigen, die in diesem Landtag immer nah am Verfassungsverstoß sind, für die AfD.

Ich verbitte mir von Ihnen jegliche Art von Nachhilfe in Sachen „Bekämpfung des Antisemitismus“, und das gilt für alle demokratischen Parteien hier in diesem Landtag.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Damit sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 1, unserer Aktuellen Stunde.

Ich rufe auf:

## **2 Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!**

Antrag  
der Fraktion SPD  
Drucksache 17/13777

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion der SPD Herr Kollege Ott das Wort.

**Jochen Ott** (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Krabbeln lernen, erste Schritte machen, dann richtig laufen lernen, erste kleine Herausforderungen meistern – die Kinderaugen leuchten vor Stolz. Die Eltern unterstützen sie dabei, sie motivieren, wieder aufzustehen, wenn sie fallen, wieder und wieder.

Kinder wachsen mit jedem Schritt und jeder Herausforderung. Politik hat die Aufgabe, Sorge für das Wachsen und die Entfaltung der eigenen Möglichkeiten, der Talente, aber auch der Träume zu tragen, Bedingungen zu schaffen, damit Wachsen gelingen kann, wie und wohin jeder Einzelne möchte und

kann, unabhängig von der Herkunft und vor allem dem Geldbeutel der Eltern.

Aber wie ist die Lage? – Jedes Jahr verlassen etwa 100.000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Experten befürchten, dass sich durch Corona die Zahl verdoppelt: 200.000 Jugendliche ohne Perspektive.

In der Kultschulkomödie „Fack ju Göhte“ sagt die Schülerin Chantal, sie habe den Eindruck, es würden ihr immer alle Türen zugehalten. Diesen Eindruck haben viele junge Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Die Politik hat die Aufgabe, alles dafür zu tun, damit alle Talente gesehen und gefördert werden, Anreize gesetzt und Leistung gefordert werden können. Wir müssen Hürden aus dem Weg räumen und Türen öffnen. Wir müssen Wachsen ermöglichen.

Corona hat die Missstände in der Bildungspolitik verschärft, aber nicht verursacht. Die Schulen und die Kitas sind nicht so gut, wie sie sein könnten. Es gibt zu wenige Betreuungsplätze und zu wenig individuelle Förderung. Es fehlt an Personal und an Ausstattung.

Schmerzhaft müssen wir befürchten, wir haben viele Kinder in den letzten Monaten verloren. Wann, wenn nicht jetzt, wird gehandelt? Wir wissen, was zu tun ist. Wir wissen das schon lange. An Fachexpertise mangelt es dem Land nicht. Es wird Zeit, zu handeln.

Strukturen, die uns lähmen, müssen wir endlich überwinden. Wir müssen ressortübergreifend aus der Sicht der Kinder und Jugendlichen denken. Das gilt auch für unser aller Zusammenarbeit. Wir dürfen nicht mehr sagen, das fällt in die Zuständigkeit von Schule, dieses in die von Jugend und jenes ins Gesundheitssystem. Allem voran möchte ich von unseren Ministerinnen und Ministern nicht mehr hören: Ich bin nicht zuständig. – Solche Aussagen haben wir zur Genüge gehört. Wir plädieren für eine ausschussübergreifende Anhörung zu unseren Vorschlägen.

Dadurch, dass staatliche Zuständigkeiten immer wieder wechseln oder sich am Ende sogar niemand verantwortlich fühlt, gehen uns Kinder und Jugendliche verloren. Sie gehen uns verloren zwischen Jugend, Schule und dem Gesundheitssystem. Das hat uns am dramatischsten in diesem Hause wohl der Untersuchungsausschuss zu Lügde deutlich gemacht.

Dringend brauchen wir einerseits Kontinuität in Form einer persönlichen langfristigen Begleitung – wir nennen sie Bildungslotsinnen und Bildungslotsen –, andererseits wollen wir strukturell die unzähligen Angebote für unsere Familien in Familienzentren und auch in den Grundschulen bündeln und sichtbar machen.

Aber etwas grundsätzlicher, meine sehr verehrten Damen und Herren: Was bedeutet sozialer Aufstieg für die Parteien?

Die FDP favorisiert bewusst oder unbewusst einen Wettbewerb mit klarem Vorteil für diejenigen, die bereits Glück hatten. Zählt hier statt des Aufstiegsgedankens nicht zu stark der Leistungsgedanke?

Für die CDU ist der Aufstieg gerne gesehen, sofern er denen, die bereits an der Spitze sind, nicht schadet. Auch im Sinne eines karitativen Gnadensakts: Bleibt hier Underdog nicht immer Underdog?

Die Grünen teilen sicherlich mehr unsere Grundätze, aber sind sie im Kern nicht auch exklusiv, wenn Sprache, Haltung und Status nicht geteilt werden? Fehlt hier nicht der Respekt vor anderen Lebenseinstellungen?

Chancengleichheit ist nichts wert, wenn darunter nur ein fairer Wettbewerb um den Aufstieg aus ungleichen und niederdrückenden Verhältnissen gemeint ist.

(Beifall von der SPD)

Denn das ändert nichts an den ungerechten Ausgangsbedingungen selbst. Im liberalen und konservativen Sinn hat die Sicherheits- und Reinigungskraft kein Recht, über Einkommensarmut zu klagen, wenn sie doch in der Schule die gleichen Chancen auf ein besseres Leben hatte wie die Ärztin, die halt den Wettbewerb gewonnen hat. Obwohl die Reinigungskraft malocht und jeden Tag Leistung bringt, wird ihr der faire Lohn verwehrt.

Eine gute und gerechte Gesellschaft kann nicht allein auf der Chance einer Fluchtmöglichkeit aus ungleichen Verhältnissen beruhen.

(Beifall von der SPD)

Das ist nicht unsere Vorstellung von Chancengleichheit und sozialem Aufstieg.

Durch die liberale Idee von Chancengleichheit als fairem Wettbewerb bleibt Aufstieg ein knappes Gut. Nur weil mehr Menschen eine Chance haben, bleiben die Plätze auf dem Treppchen trotzdem begrenzt.

Die sozialdemokratische Idee von Chancengleichheit versteht sich nicht als Wettbewerb um ein knappes Gut. Aufstieg bedeutet Selbstbestimmung in sozialer Sicherheit. Jeder Mensch kann durch seine Leistung und Fähigkeit eine Position erreichen, in der er Sicherheit, Würde und Wertschätzung erfährt.

Es geht um Respekt vor dem individuellen Lebensentwurf. Olaf Scholz nennt das eine Gesellschaft des Respekts. Jeder und jede im Land ist Gleicher oder Gleiche unter Gleichen. Eine Gesellschaft des Respekts heißt, niemand sieht verächtlich auf einen anderen herab, weil er sich für stärker, für reicher, für gebildeter oder für besonders aufgeklärt und besonders problembewusst hält.

Deshalb brauchen wir für Nordrhein-Westfalen mehr denn je einen Neustart. Wir brauchen eine Bildungs- und eine Familienoffensive. Wir müssen Bildungs-

barrieren niederreißen. Kinder von Arbeitern oder prekär Beschäftigten müssen eine akademische Karriere machen können, wenn sie das möchten. Wenn sie das nicht wollen, ist es auch gut. Das gilt für Kinder von Akademikern umgekehrt genauso.

Sozialdemokratischer Aufstieg bedeutet gleichzeitig also, dass ich genauso ein Studium machen oder Facharbeiter, Köchin, Metzger, Handwerkerin oder Verkäufer im Einzelhandel werden kann, schlichtweg den Job machen kann, der mir Spaß macht.

Dabei ist es wichtig, dass ich von meiner Arbeit, meiner Leistung gut leben kann. Ziel einer demokratischen und humanistischen Gesellschaft sollte es sein, sagen zu können: Ich bin Bürgerin, Bürger, die, der gleichberechtigt an Politik, Kultur und Gesellschaftsleben teilhaben kann. Ich gehöre dazu.

(Beifall von der SPD)

Deshalb: Gleichheit und Freiheit müssen dringend wieder zusammengedacht werden. Dabei ist Ungleichheit nicht per se ungerecht. Sie kann aufgrund von Leistungen und Fähigkeiten durchaus gerechtfertigt sein. Die Dosis macht das Gift. Zu große Ungleichheit ist teuer. Die OECD schätzt, dass aufgrund der gewachsenen Einkommensungleichheit die deutsche Wirtschaftsleistung heute 6 % geringer ist, als sie sein könnte.

Gleichheit ist Glück – das ist die zugespitzte Quintessenz wissenschaftlicher Studien. Denn wir wissen, dass in den Ländern mit geringerer Ungleichheit die Lebenserwartung länger, das Bildungsniveau höher, die Kriminalitätsrate niedriger ist. Und wir wissen auch, dass das Vertrauen der Menschen in diesen Staaten größer ist.

Deshalb: Unsere Familien- und Bildungsoffensive will das soziale Aufstiegsversprechen erneuern. Dazu gehört, die Familien in diesem Land zu entlasten. Dazu gehört, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Dazu gehört, Familienzentren in Kitas und Grundschulen weiter auszubauen. Dazu gehört, einen vernünftigen Ganztags aufzustellen. Und dazu gehört vor allen Dingen, eine Personaloffensive zu starten, die das nötige Personal bereitstellt.

(Beifall von der SPD)

Meine Kolleginnen Frau Voigt-Küppers und Frau Kopp-Herr werden diese Vorschläge weiter ausbreiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Ott. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Kamieth das Wort.

**Jens Kamieth (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Regierungsübernahme durch die CDU und die FDP stehen Kinder, Jugendliche und Familien wieder im Mittelpunkt der Landespolitik in Nordrhein-Westfalen. Uns allen sind die Meilensteine der vergangenen vier Jahre bekannt. Gerne will ich auf einige noch einmal näher eingehen.

Meilenstein Nummer eins ist mir ein echtes Herzensanliegen. Gerade Familien sind in der Coronapandemie – oft, weil sie es mussten – über sich hinaus gewachsen. Deshalb verdienen sie die Chance auf eine Atempause. Aus diesem Grunde stellt die NRW-Koalition von CDU und FDP 1 Million Euro zur Verfügung, um damit ein Sonderprogramm für Familienerholung zu finanzieren. Mit dieser Million wollen wir insgesamt 1.000 Wochen Familienerholung ermöglichen. Davon können im Ergebnis beispielsweise Mehrkindfamilien und Alleinerziehende profitieren, Familien also, denen dies aus finanziellen Gründen sonst eher schwerfallen würde.

Meilenstein zwei: Wir stärken Menschen mit unerfülltem Kinderwunsch den Rücken. Darauf haben viele Menschen lange gewartet, denn bis zur Regierungsübernahme konnte sich das Land nicht dazu durchringen, die bestehende Bundesförderung für Kinderwunschbehandlungen um den erforderlichen Landesanteil zu ergänzen.

(Marlies Stotz [SPD]: Das hat aber nichts mit dem Thema zu tun!)

Im Ergebnis ist der sehnliche Kinderwunsch gerade den Paaren verwehrt geblieben, die sich eine entsprechende Behandlung nicht aus eigener Tasche leisten konnten. Für uns hingegen war von Anfang an klar: Die Erfüllung eines Kinderwunsches darf nicht vom Geldbeutel abhängen.

(Zuruf von der SPD: Jetzt mal was zum Antrag!)

Deshalb haben wir gehandelt und die Ergänzung der Bundesförderung beschlossen. Mittlerweile sind rund 10.000 Anträge eingegangen; 8.000 davon wurden bewilligt. Elternglück lässt sich selbstverständlich nicht in Zahlen messen.

Meilenstein drei: Die für den Kinder- und Jugendförderplan zur Verfügung stehenden Mittel sind seit der Regierungsübernahme durch Aufstockung und Dynamisierung kontinuierlich auf zuletzt 128,8 Millionen Euro angewachsen.

Der Kinder- und Jugendförderplan ist das Rückgrat der gezielten Förderung von Kindern und Jugendlichen in unserem Land. Ich denke hier insbesondere an die Offene Kinder- und Jugendarbeit, die einen wichtigen Beitrag dazu leistet, informelle Bildung und Gemeinschaftserlebnisse mit Gleichaltrigen zu ermöglichen.

Meilenstein vier: Wir unterstützen das queere Leben in NRW nicht nur ideell, sondern auch finanziell – und das in einem Umfang auf Rekordniveau. Keine Landesregierung zuvor hat sich wie wir für den Schutz und die Unterstützung von LSBTIQ engagiert.

(Regina Kopp-Herr [SPD]: Sie haben ja auch eine gut aufgebaute Infrastruktur vorgefunden!)

Schließlich Meilenstein fünf: Das neue Kinderbildungsgesetz ist sicherlich das Herzstück unserer Familienpolitik in dieser Legislaturperiode. Seit dem 01.08.2020 haben der Bund, das Land und die Kommunen 1,3 Milliarden Euro zusätzlich in das System der Kindertagesbetreuung investiert.

Damit haben wir nicht nur die strukturelle Unterfinanzierung behoben, unter der die Kinder, die Eltern und die Mitarbeiter so lange gelitten haben, sondern mit der KiBiz-Reform steht mehr Geld für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, mehr Geld für bessere Arbeitsbedingungen, mehr Geld für Fachberatung, mehr Geld für Sprachförderung, mehr Geld für bedarfsgerechte Flexibilität, Geld für ein weiteres beitragsfreies Kindergartenjahr und Geld für unsere Kita-Platz-Ausbaugarantie zur Verfügung.

Des Weiteren stärken wir selbstverständlich den quantitativen und qualitativen Ausbau unserer Familienzentren. Das ist ein Erfolgsprojekt, lieber Armin, für das ich mich an dieser Stelle noch einmal herzlich bedanken will. Es zeigt sich immer wieder, wie zuletzt in der Prognos-Studie, dass die Familienzentren ein optimaler Einstieg für weitere Beratung und Unterstützung unserer Familien sind. Mittel für 150 weitere Familienzentren sind im Jahr 2021 zur Verfügung gestellt worden.

Der Beschlussteil dieses Antrags liest sich wie viele Beschlussteile von Anträgen der SPD-Fraktion: Sie fordern im Zweifel die Bewältigung von Herausforderungen, die bereits in Angriff genommen worden sind, ganz sicher aber die zügige Abarbeitung von komplexen Problemen, die Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, in der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung nicht zu lösen vermochten.

Das universelle Allheilmittel der Sozialdemokratie ist und bleibt dabei das nicht bedarfsgeprüfte „mehr ist auf jeden Fall immer besser“. Daraus ergibt sich ein realistisches, weil diffuses Bild der familienpolitischen Ansätze der Sozialdemokratie. Ich will das nicht weiter bewerten; es spricht letztlich für sich.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Ich halte vielmehr fest: Die Politik für Familien, Kinder und Jugendliche ist bei CDU und FDP in den richtigen, weil besseren Händen. Seit Tag eins der Regierungsübernahme in Nordrhein-Westfalen haben wir die Familienpolitik in all ihren Facetten zum Besseren weiterentwickelt.

Die soeben aufgeführten Punkte sind selbstverständlich nur exemplarisch; auf die Schule wird meine sehr geschätzte Kollegin Frau Vogt gleich noch eingehen.

Vor diesem Hintergrund versichere ich Ihnen: Genau diesen Kurs werden CDU und FDP bis zum 15. Mai 2022 fortsetzen.

(Zurufe von Frank Müller [SPD] und Dr. Dennis Maelzer [SPD])

Wir kämpfen dafür, dass das auch darüber hinaus geschehen kann. Genau das ist im Sinne der Kinder, Familien und Jugendlichen in unserem wunderbaren Land. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und Franziska Müller-Rech [FDP])

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Kamieth. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Brockmeier.

(Marlies Stotz [SPD]: Realsatire!)

**Alexander Brockmeier (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag zeigt, dass sich die Kolleginnen und Kollegen der SPD schon Hals über Kopf in den Wahlkampfmodus begeben haben.

(Sarah Philipp [SPD]: Das ist ja ein überzeugender Einstieg!)

Ich kann ja verstehen, dass Sie als Oppositionsfraktion es bei den Umfragewerten gerade nicht ganz leicht haben.

(Sarah Philipp [SPD]: Oh Gott, oh Gott!)

Da wundert es nicht, dass Sie Versprechen und Wahlkampfgeschenke machen, ohne zu sagen, wie der ganze Strauß an Maßnahmen überhaupt finanziert werden soll. Das Schöne dabei ist, dass sich jeder aussuchen kann, was ihm am besten gefällt.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

So gibt es Maßnahmen wie kostenlosen Musikunterricht, kostenloses Mittagessen, kostenlose Vereinsmitgliedschaften, kostenlose Bibliothekskarten und natürlich – nicht zu vergessen – flächendeckende ausnahmslose Beitragsfreiheit für Kita und OGS.

(Sarah Philipp [SPD]: Ja!)

– Sie sagen Ja. Diese Liste lässt sich noch weiter fortführen;

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: So ist es!)

ich wollte es nur exemplarisch machen.

Das Problem dabei ist allerdings, dass sich die Familien in diesem Land nicht für dumm verkaufen lassen,

(Zuruf von Regina Kopp-Herr [SPD])

sondern ganz genau wissen, dass die Maßnahmen auch bezahlt werden müssen.

(Beifall von Franziska Müller-Rech [FDP])

Generationengerechtigkeit ist eine äußerst wichtige Aufgabe für die junge Generation und auch eine Frage der Chancengerechtigkeit, die Sie nicht im Blick haben.

(Beifall von der FDP – Sarah Philipp [SPD]:  
Davon haben Sie doch keine Ahnung!)

Schlimmer noch: Sie bauen nicht nur nichtfinanzierte Luftschlösser auf, sondern Sie haben sich bei den verschiedenen Einzelmaßnahmen auch nicht angeschaut, was die Landesregierung schon auf den Weg gebracht und bereits umgesetzt hat.

Herr Ott hat es gerade sehr eigentümlich dargestellt: Selbstverständlich ist es ein zentrales Anliegen dieser Landesregierung, die Chancen der jungen Generation in den Blick zu nehmen; das hat gestern übrigens auch die Schulministerin in der Unterrichtung noch einmal ganz deutlich gemacht.

Bildung ist nämlich die elementare Voraussetzung für individuelles Vorankommen und ein selbstbestimmtes Leben. Die Chance zum sozialen Aufstieg hängt immer stärker von der Bildung ab. Es ist unser Auftrag, die Talente konkret zu entdecken und sie gezielt zu fördern, anstatt mit der Gießkanne allen alles zu versprechen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

Wir Freie Demokraten wollen mit den Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass jeder Mensch sein volles Potenzial ausschöpfen kann. Dafür muss man die Kinder in den Blick nehmen.

Ich will jetzt noch auf einzelne Maßnahmen Ihres Antrags eingehen. Daran zeigt sich ganz schön die Diskrepanz zwischen dem, was Sie sagen, und dem, was Sie machen oder in Ihrer Regierungszeit auch nicht gemacht haben.

Beginnen wir mit den Kitas. Sie fordern in Ihrem Antrag eine Qualitätsoffensive und mehr Kita-Plätze. Während Sie in Ihrer Regierungszeit von sieben Jahren die Kita-Landschaft wirklich an ihre Belastungsgrenze gebracht haben und viele Einrichtungen vor dem Aus standen, haben wir nicht einfach die Hände in den Schoß gelegt und über Bildungsgerechtigkeit philosophiert, sondern konkret angepackt.

Mit unserer KiBiz-Reform beispielsweise investieren wir jährlich über 1,3 Milliarden Euro in das System und zum großen Teil in die Qualitätssteigerung. Genau das, was Sie fordern, machen wir schon längst, weil Bildung nicht irgendwo anfängt, sondern in den Kitas. Dort werden die Weichen gestellt. Das haben wir im Blick haben, und darauf legen wir einen großen Schwerpunkt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

In Ihrem Antrag fordern Sie mehr Kita-Plätze, was unbestreitbar richtig ist. Aber die brauchte man auch schon vor unserer Regierungszeit. Davor haben Sie einfach die Augen verschlossen.

(Lachen von Regina Kopp-Herr [SPD])

Wir haben das Gegenteil gemacht und eine Platzausbaugarantie abgegeben. Seit 2017 haben wir über 100.000 Kita-Plätze in diesem Land geschaffen und sagen ganz klar: Wenn Kita-Plätze in den Kommunen gebraucht werden, steht das Land zur Seite und gibt eine Garantie ab, dass diese Plätze auch geschaffen werden.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Kommen wir zu einem weiteren Themenbereich: Neben den Kitas sprechen Sie im Antrag über die Familie.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Entschuldigung, Herr Kollege Brockmeier, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Maelzer würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Alexander Brockmeier (FDP):** Gerne.

**Dr. Dennis Maelzer (SPD):** Vielen Dank, Herr Kollege Brockmeier, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Würden Sie dem Plenum bestätigen, dass Ihre Politik dazu geführt hat, dass wir in den vergangenen beiden Jahren Negativrekorde beim Ausbau von Betreuungsplätzen im Kita-Bereich hatten?

(Jens Kamieth [CDU]: Die haben Sie doch vorher abgebaut!)

**Alexander Brockmeier (FDP):** Nein, das kann ich nicht bestätigen, sondern Ihre Politik hat zu der Misere geführt,

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Ach so, wir waren das! Entschuldigung! Tut mir leid!)

dass das System unterfinanziert ist. Wir geben die Garantie und müssen im Übrigen auch ziemlich viel aufbauen.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Aha!)

Sie haben nämlich nicht nur bei den Kitaplätzen die Augen verschlossen, sondern auch davor, dass es zu wenig Beschäftigte im System gibt.

(Marlies Stotz [SPD]: Das sind Ihre Zahlen!)

Wir hingegen sorgen für mehr Attraktivität im System und mehr Personal zu den Kitaplätzen, indem wir zum Beispiel die PIA stärken und mehr Anreize schaffen, Personal ins System zu geben.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Neben den Kitaplätzen, die wir schaffen, ist übrigens ein zentraler Bestandteil unserer Maßnahmen, dass das Personal mehr Zeit für die Kinder hat, um die Qualität zu steigern. Davor haben Sie die Augen verschlossen.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Brockmeier, es gibt jetzt noch von Herrn Abgeordneten Müller den Wunsch nach einer Zwischenfrage.

**Alexander Brockmeier (FDP):** Gerne.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte sehr.

**Frank Müller (SPD):** Vielen Dank, Herr Kollege Brockmeier, dass Sie auch diese Zwischenfrage zulassen. Sie sprachen gerade über mehr Qualität und insbesondere über mehr Personal in den Kitas. Im Hinblick darauf frage ich mich, ob Sie uns sagen können, wie viel mehr Personal es in den einzelnen Einrichtungen gibt. Wenn Sie in den Raum stellen, dass es in allen Einrichtungen deutlich mehr Personal gibt, verfügen Sie ja vielleicht über Zahlenmaterial.

**Alexander Brockmeier (FDP):** Vielen Dank für die Frage, Herr Kollege Müller. Es ist unbestritten, dass es einen Personalmangel gibt. Das habe ich gerade dargestellt. Ich kann Ihnen aber nicht sagen ...

(Vereinzelt Lachen von der SPD – Frank Müller [SPD]: Ich habe eine andere Frage gestellt!)

– Ich antworte auf Ihre Frage; Sie müssen mich nur zu Ende reden lassen. Ich sagte, dass wir Maßnahmen ergriffen haben, um den Job attraktiver zu machen. Unter den Beteiligten und den Akteuren ist eigentlich auch unbestritten, dass der Job attraktiver werden muss und wir beste Voraussetzungen schaffen müssen, damit mehr Personal in die Kitas kommt.

(Marlies Stotz [SPD]: Das war nicht die Frage!)

Das geht aber nicht von heute auf morgen. Wir können uns nicht von heute auf morgen neues Personal backen, sondern wir müssen das System so attraktiv gestalten, dass der Job Spaß macht und sich Erzieherinnen und Erzieher dafür entscheiden, diese verantwortungsvolle Aufgabe zu übernehmen. Davor haben Sie die Augen verschlossen. Wir haben das hingegen nicht, sondern wir haben verschiedene Maßnahmen ergriffen, damit mehr Personal in das System kommt. Die Frage können wir aber sehr gerne noch einmal im Ausschuss vertiefen; ich habe davor keine Angst.

Kommen wir noch einmal zur Stärkung der Familien; da bin ich vorhin stehengeblieben. Sie fordern, dass

Familien grundsätzlich gestärkt werden. Ich sage Ihnen: Mit dieser Forderung haben Sie völlig recht. Das Problem daran ist nur, dass sie eigentlich obsolet ist, weil wir das schon längst machen.

Herr Kollege Kamieth hat ausführlich dargestellt, welche einzelnen Maßnahmen wir ergreifen. Ich will das gar nicht weiter ausführen, sondern nur ergänzen, dass wir mit dem Programm „kinderstark – NRW schafft Chancen“ Familien und Grundschulzentren stärken und kommunale Familienbüros implementieren und dass wir dieses Programm immer weiter ausbauen und es zum Beispiel im Hinblick auf die Digitalisierung weiterentwickeln. Besonders in dieser Pandemiezeit haben wir alle erfahren, dass Familien bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor großen Herausforderungen stehen und einen starken Partner für alle Lebensbelange der Familie an ihrer Seite brauchen. Da haben sie die schwarzgelbe Koalition an ihrer Seite.

(Beifall von der CDU und Franziska Müller-Rech [FDP])

Zum Schluss möchte ich gerne noch einmal auf den Bereich „Schule“ des Antrags eingehen. Über den Ausbau des offenen Ganztags haben wir im Hohen Hause schon vielfach diskutiert, und deswegen will ich nicht zu viele Punkte wiederholen. Es ist allerdings schon sehr abenteuerlich, wie Ihre – inzwischen Ex-Ministerin – Frau Giffey dieses Vorhaben, ohne eine Finanzierung plausibel dargelegt zu haben, umsetzen will bzw. wollte.

Fest steht jedenfalls, dass sich der Bund aktuell nur unzureichend an den jährlichen Betriebskosten beteiligt. Das sagt übrigens auch der Städte- und Gemeindebund, der darüber hinaus vor unerfüllbaren Versprechungen auf Kosten der Kommunen gewarnt hat. Da wir in dieser für Familien schwierigen Zeit jetzt auch noch ein kommissarisch geführtes Bundesfamilienministerium haben, bleibt zu befürchten, dass diese Frage nicht sachgerecht geklärt wird.

Abschließend möchte ich noch auf den grundsätzlichen Unterschied zwischen Ihrem und unserem Regierungsstil hinweisen und das anhand eines Beispiels eines Antrags, der mir zwar nicht gut gefallen hat, deutlich machen. Sie sprechen in Sonntagsreden von „Kein Kind zurücklassen“, aber praktisch passiert fast gar nichts. Wir hingegen reden nicht nur darüber, sondern setzen das um und packen das an.

Ich will das am Beispiel des schulscharfen Sozialindex verdeutlichen. Sie haben dieses Vorhaben in Ihrer Regierungszeit im Koalitionsvertrag verankert, aber Sie haben nicht vermocht, es umzusetzen. Wir hingegen haben es in den Koalitionsvertrag geschrieben und auf den Weg gebracht. Die ersten Maßnahmen werden nun zum kommenden Schuljahr umgesetzt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das ist übrigens der Unterschied, Herr Ott. Wir versprechen nicht alles mit der Gießkanne, sondern wir sehen uns das konkret an und unterstützen dort, wo eine Unterstützung notwendig ist. So funktioniert dann eine gezielte Förderung, die unter Rot-Grün nicht möglich war. Bei uns ist sie also möglich, denn wir schauen uns zum Beispiel im Rahmen von plus-KITAs und Talentschulen genau die Schülerinnen und Schüler an, die schlechtere Start- und Bildungschancen an, damit deren Talente auch entfaltet werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend möchte ich sagen: Dieses Themenfeld ist zu wichtig, um einfache Wahlkampfmanöver, die offenkundig sind, in den Raum zu stellen. Lassen Sie uns im Ausschuss seriös und mit Finanzierungsvorschlägen darüber diskutieren. Ich freue mich auf die Debatte in den Ausschüssen, und der Ausschussüberweisung stimmen wir selbstverständlich zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Danke, Herr Kollege Brockmeier. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Bolte-Richter das Wort.

Weil mich der Kollege Ott fragend ansieht: Ich verweise auf die Geschäftsordnung und den Hinweis. Wir verstehen uns? – Wunderbar. – Herr Kollege Bolte-Richter, bitte.

**Matthi Bolte-Richter (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen liebe Kollegen! Kindern sagt man gerne: Du hast dein ganzes Leben noch vor dir. Dir stehen viele Wege und Möglichkeiten offen; nutze sie! – Wenn wir aber ehrlich sind, müssten wir in vielen Situationen sagen: Wenn du aus bestimmten Quartieren kommst und deine Familie einkommensschwach ist, wenn deine Mutter oder dein Vater alleinerziehend ist, wenn deine Familie zugewandert ist, wenn dir deine Eltern in der Schule nicht helfen können, wirst du wahrscheinlich nicht die gleichen Chancen haben, nicht so viele Chancen haben, deine Talente zu entfalten, und dann stehen dir eben nicht alle Türen offen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Deutschland ist ein reiches Land, das ein sehr ausgefeiltes, aber an wichtigen Weggabelungen auch stark sozial segregierendes Bildungssystem hat. Es ist ein Skandal, dass es uns nicht gelungen ist – auch in verschiedensten Konstellationen nicht –, das Ziel der Bildungsgerechtigkeit, dass allen alle Türen offenstehen, zu verwirklichen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Im Übrigen ist es auch volkswirtschaftlich dumm, wenn Talente und Potenziale ungenutzt bleiben, und zudem gesellschaftlich gefährlich, wenn der Zusammenhalt in der Gesellschaft untergraben wird, weil Menschen über Generationen hinweg Chancen vorenthalten werden und ihnen das Gefühl vermittelt wird: Du bist uns weniger wert.

Das so oft postulierte Aufstiegsversprechen bleibt vielfach ein leeres, ein vages Versprechen. Wir erleben es auch immer wieder als nicht minder große demokratische Katastrophe, dass mit dem nicht eingelösten Aufstiegsversprechen zu oft eine fehlende demokratische Teilhabe einhergeht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin mir sicher, dass alle demokratischen Fraktionen überzeugt sind, dass wir uns mit dieser Situation nicht abfinden dürfen. Es ist deshalb gut, wenn wir hier und an anderer Stelle über Wege streiten und sprechen, wie wir die Bildungsungerechtigkeit bekämpfen können.

Ich finde, dass man an dieser Stelle auch ganz klar sagen muss – Kollege Brockmeier ist vorhin auf das Thema „Generationengerechtigkeit“ eingegangen –, dass Generationengerechtigkeit gerade in diesem Kontext nicht heißen darf: Wir sparen alles kaputt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Generationengerechtigkeit muss doch bedeuten, dass wir in eine leistungsfähige Infrastruktur, vor allem die soziale Infrastruktur, investieren.

Die CDU und die FDP haben sich zu diesem Thema in ihrem Koalitionsvertrag bekannt. Was wurde konkret unternommen? Die Verstetigung der Stellen für die Schulsozialarbeit aus dem BuT-Programm, die wir unter Rot-Grün gerettet haben, weil sich die Große Koalition aus dieser Verantwortung verabschiedet hatte, ist ein gutes Zeichen, auch wenn die Konzeption noch nachgeliefert werden muss.

Der schulscharfe Sozialindex geht vom Instrument her durchaus in die richtige Richtung. Das vorgelegte Modell, wie es jetzt umgesetzt wird, ist jedoch unzureichend. Es gibt keine zusätzlichen Ressourcen, und wenn das so durchgeführt wird, bedeutet dieser neue Sozialindex, dass Schulen in schwierigen Lagen zu wenige Stellen untereinander neu verteilen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

So wird eine Schule, die bislang Integrationsstellen zur Sprachförderung von zugewanderten Kindern und Jugendlichen bekam, diese unter Umständen verlieren, wenn die anderen Indikatoren nicht ausreichen.

(Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Das stimmt doch gar nicht!)

An dieser Stelle produzieren Sie dann neue Verlierer, treffen damit die Kinder und verschlechtern Chancen.

Ein ähnlich gelagertes Problem gibt es bei Ihrem anderen sogenannten Leuchtturmprojekt, den Talentschulen. Erst wollen Sie sechs Jahre lang testen, ob zusätzliches Personal helfen kann, Bildungsungerechtigkeiten abzubauen.

(Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Nee, genau nicht!)

Gleichzeitig feiern CDU und FDP ihren unterausgestatteten Sozialindex. Es gibt bei Ihnen kein Erkenntnisproblem, aber es gibt wohl ein Problem bei der Umsetzung in dieser Landesregierung.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Da schicken Sie nämlich wieder die Schulen, die dringend Unterstützung benötigen, in Konkurrenz untereinander. Das schafft Gewinner, das schafft aber auch Verlierer. Das entspricht vielleicht einer falsch verstandenen Wettbewerbslogik, aber es wird den Schülerinnen und Schülern nicht gerecht, und es geht auch nicht das Gesamtthema an.

60 Talentschulen entsprechen bei insgesamt 2.161 weiterführenden Schulen weniger als 3 %. Sie haben sich mit dieser Bildungshomöopathie vielleicht sechs Jahre Zeit für PR erkaufte, aber den Schülerinnen und Schülern in Nordrhein-Westfalen läuft die Zeit davon.

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

An Ressourcen dürfte es dabei nicht hapern. Schließlich hat die Schulministerin allein im Jahr 2020 mehr als 260 Millionen Euro an den Finanzminister zurückgegeben, weil Stellen nicht besetzt wurden.

Die Grundschulen – das gehört noch mal extra zu dieser Kritik – waren bei dem Pilotprojekt eh außen vor. Dabei wissen wir doch eines, und deswegen ist es auch richtig, dass wir den Kampf um Bildungsgerechtigkeit früh ansetzen: Schon in Kitas und Grundschulen werden die Grundlagen für eine gelingende Bildungsbiografie gelegt oder eben nicht. – Der groß angekündigte Masterplan Grundschule wurde zur Enttäuschung.

Die Ergänzung durch sozialpädagogische Kräfte an Grundschulen ist sicherlich ein guter Schritt. Aber sie wird dann eben auch wieder mit der Absenkung von Qualitätsstandards in der Inklusion verknüpft. Dabei ist doch gerade die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems nicht nur völkerrechtliche Verpflichtung, sondern es beinhaltet auch die Verpflichtung, ein Bildungssystem für alle Kinder und Jugendlichen zu schaffen, die durch die Verhältnisse behindert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es hier in den vergangenen Wochen immer wieder intensiv miteinander diskutiert: Die Coronapandemie hat die Bildungsungerechtigkeit deutlich hervortreten lassen und noch mal verschärft. Während die Ministerin hier immer wieder verkündet hat, dass eigentlich alles ganz gut verlaufen sei, zeichnete eine aktuell von der Universität Bochum vorgelegte Studie ein anderes Bild. Diese Studie heißt „Das Bildungssystem in Zeiten der Krise“. Die Forscher\*innen kommen in Bezug auf das erste Schulhalbjahr 2021 zu folgenden Ergebnissen, die ich zitieren darf:

„Im angepassten Regelbetrieb mussten demnach überproportional häufig solche Schüler\*innen in den Distanzunterricht zurückkehren, deren soziale, familiäre, wohnliche und technische Voraussetzungen genau dafür besonders ungünstig sind.“

Es geht dann weiter:

„Die Analysen dieses Beitrags lassen sich daher als ein Beleg für die Verschärfung von Bildungsungleichheit in der Corona-Pandemie verstehen und wollen dazu beitragen, diesen blinden Flecken stärker sichtbar zu machen.“

Da haben wir also ein klares Problem, das in dieser Pandemie deutlich geworden ist, weil auch da die Unterstützung fehlte. Wir haben zahllose Vorschläge gemacht, wie man mit diesem Problem umgehen könnte. Wir hätten zum Beispiel auf personelle Unterstützung zurückgreifen können, etwa durch Lehramtstudierende, Fachkräfte der außerschulischen Jugendarbeit und Jugendhilfe oder auch zivilgesellschaftliche Organisationen wie Teach First. Die stehen die ganze Zeit bereit. Da werden eben Chancen für Kinder und Jugendliche vergeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen letzten Punkt möchte ich gerne ansprechen. Das ist das Problem der Gewalt in der Familie. Wir haben an vielen Stellen gesehen oder auch schon diskutiert, dass es sich noch nicht eindeutig in den Statistiken niederschlägt. Aber es ist eben ein nahe liegendes Problem, und es ist vor allem auch ein nahe liegendes Problem, dass das Dunkelfeld in dieser Hinsicht größer wird.

Über diese Problemstellung von möglicher Gewalt in der Familie dürfen wir nicht hinwegsehen. Wenn alle zu Hause auf engem Raum sind, die Eltern womöglich in prekäre berufliche Situationen kommen und Konflikte entstehen, steigt einfach die Gefahr, dass Gewalt ins Spiel kommt. Wenn Schülerinnen und Schüler dann über Wochen nicht in der Schule sind, fehlen Gelegenheiten auch für Lehrkräfte, Hinweise wahrzunehmen, die auf Vernachlässigung und Gewalt schließen lassen. Deswegen müssen wir beim Kinderschutz – und das wäre auch ein wichtiger Schwerpunkt für diese Debatte – genau hinschauen und miteinander über systemische Verbesserungen



streiten, um zu sehen, wo wir da vorankommen können.

Das ist, glaube ich, eine ganze Menge an Themen für eine breit angelegte Diskussion in den Ausschüssen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bolte-Richter. – Für die AfD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Seifen das Wort.

**Helmut Seifen (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der SPD ist höchst interessant, gewährt er doch einen Einblick in das sozialistische Menschen- und Gesellschaftsbild.

(Lachen von Marlies Stotz [SPD])

Schaut man sich das genauer an, erkennt man die, ich möchte fast sagen, tragische Widersprüchlichkeit, die in diesem sozialistischen Menschen- und Gesellschaftsbild enthalten ist.

Auf der einen Seite wird eine Reihe von humanen Zielen in diesem Antrag formuliert, die jeder hier in dieser Runde mittragen kann, der sich gedanklich im Geiste der Aufklärung bewegt. Alle hier Versammelten sind sich einig, dass es Chancengleichheit für alle Kinder in diesem Land geben muss, dass sich die Bildungspolitik von der Entdeckung aller Talente und Fähigkeiten des Einzelnen leiten lassen muss, dass der Staat vor physischer und psychischer Gewalt schützen muss, dass das Leben selbstbestimmt geführt werden soll, dass Ungleiches ungleich behandelt werden muss und dass Familien in besonderer Weise geschützt und gefördert werden müssen.

Letzteres geschieht allerdings in unserem Land nicht unbedingt, werden doch Familien durch die Steuer-, Sozial- und Rentengesetzgebung aufs Schlimmste benachteiligt. Aber das muss zu einem anderen Zeitpunkt in einem anderen Sachzusammenhang debattiert werden.

Widersprüchlich zu den von Ihnen formulierten humanitären Zielen sind dann aber die Forderungen, die Sie aus Ihrem Verständnis von Mensch und Gesellschaft formulieren: Da möchten Sie zwar das Wachsen der Menschen ermöglichen, gleichzeitig aber fordern Sie das Wegräumen aller Hürden auf dem Weg des Wachstums und der Entfaltung. Da wollen Sie die Selbstbestimmung, aber bitte nicht so ganz; denn gleichzeitig lehnen Sie den Wettbewerb ab, in dem jeder sich selbst überlassen bleibt, wie Sie formulieren, und bei dem nur der Stärkste gewinnt.

Man merkt diesem Antrag an, dass er immer noch in der sozialen Wirklichkeit des 19. Jahrhunderts ver-

haftet ist, als unterprivilegierte Personen es tatsächlich schwer hatten, aus ihren prekären Verhältnissen ohne Hilfe herauszukommen und den Aufstieg zu schaffen.

Deshalb haben sich ja auch im 19. Jahrhundert zahlreiche Vereinigungen darum gekümmert, unterprivilegierten Menschen diese Hilfen anzubieten: die Gewerkschaften, die Kirchen, das Kolpingwerk und viele andere, die man hier noch nennen müsste. Deren Wirken ging ja bis ins 20. Jahrhundert hinein und sie sind bis heute aktiv. Aber diese Hilfen waren immer Hilfe zur Selbsthilfe. Niemals haben diese sozialen Organisationen den Menschen die Hürden weggeräumt.

Sie haben doch in Ihrer Partei mit Friedrich Ebert ein großartiges Vorbild. Er hat sich aus einfachsten Verhältnissen durch seinen unbändigen Bildungshunger als Autodidakt weiterentwickelt und war so für höchste Partei- und Staatsämter geeignet. Ihm hat man keine Hürden weggeräumt, und er stand ständig im Wettbewerb mit anderen Menschen. So war es damals bei allen anderen Menschen auch.

Dass Sie sich nicht an den Erfolgen solcher Menschen orientieren, sondern mit Ihrem Antrag stattdessen den Weg einer betreuenden Fürsorgehaltung beschreiten, ist für mich unverständlich. Sie konterkarieren mit dieser Haltung Ihr eigenes Ziel, nämlich die jungen Menschen zu eigenständigen, selbstbewussten Bürgern heranwachsen zu lassen; denn die betreuende Fürsorge, die Sie in Ihrem Antrag vorschlagen, ist so weitgehend, dass sie eine Entwicklung hin zur Selbstständigkeit und Selbstbestimmung eher erschwert oder verzögert.

Die Forderung nach Bildungslotsen, Familienbüros, nach Grundschulen als Familienzentren enthält den Keim der Fremdbestimmung und der Einmischung in die Selbstorganisation von Familien und des einzelnen Kindes. Schullaufbahnberatungen gibt es doch heute schon. Auch heute werden Kinder doch nicht alleine gelassen. Wenn die Schule ordentlich geführt ist und das Personal vernünftig ist, dann werden die Kinder zu Recht sehr intensiv betreut, und das muss ja auch so sein.

Viele Eltern und Kinder erwarten von den Grundschulen eine solide, gefestigte Vermittlung der Grundfertigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen. Das alles hat die Grundschule früher besser leisten können als heute, wo sie mit den Veränderungen durch die letzten schulpolitischen Entscheidungen leben muss. Sie müssen sich auch auf die Fahnen schreiben, dass Ihre Vorstellung von einer sogenannten modernen Schule offensichtlich nicht zu dem Ziel führt, dass die Schulen bessere Leistungen erbringen können. Ich betone: Es liegt selbstverständlich nicht an den Lehrern, es liegt selbstverständlich nicht an den Kindern, sondern es liegt an

den strukturellen Vorgaben, mit denen sie zu kämpfen haben.

Ich will jetzt nicht alle Ihre Forderungen durchgehen. Wir werden Ihren Antrag ja noch im Ausschuss diskutieren. Vielleicht können wir da tatsächlich die unterschiedlichen Menschen- und Gesellschaftsbilder einmal aufrollen. Das wäre unabhängig von dem politischen Klein-Klein, was man da noch so hat, vielleicht mal interessant.

Aber sehen Sie es mir nach: Ihre Forderungen weisen darauf hin, dass Ihre Idealgesellschaft eine Gouvernantengesellschaft ist, in der der Einzelne natürlich geschützt und umsorgt wird – ja, ja, das ist alles klar Ihre Vorstellung von Humanität –, aber eben sein Leben nach den Vorstellungen seiner beschützenden Gouvernante zu organisieren hat.

Dies ist meiner Meinung nach ein Irrweg, weil er die Freiheit des Menschen einschränkt, um Momente des Scheiterns zu vermeiden. Das kann man in Ihrer Politik immer sehen. Ihre Anlage ist immer so, dass Sie möglichst jeden davor bewahren wollen, zu scheitern. Ich erinnere nur an die Kultur des Behaltens usw., das hässliche Wort von der Selektion, vom Abschulen. Alles das weist darauf hin, dass Sie es nicht für richtig halten, dass Menschen auch mal die Erfahrung machen, dass sie ein Ziel nicht erreichen, sondern sie sich einen anderen Weg suchen müssen. Aber genau das ist doch das, was zum Wachsen gehört; bei allem anderen können wir nicht wachsen. Dies ist meine Meinung.

Gerade das macht Freiheit aus, dass Erfolg und Scheitern, Stillstand und Weiterentwicklung in gleicher oder unterschiedlicher Weise das Leben des Menschen begleiten, ihn formen, zur Selbsterkenntnis führen und, wenn es ganz gut läuft, auch zur Selbstannahme bringen. Ein Zustand, den Max Frisch für sich als das Ziel menschlicher Lebensentwicklung erkannt hat: die Selbstannahme, sich klarzumachen, was man kann und was man nicht kann und genau das aber auch akzeptiert; das ist von entscheidender Bedeutung.

Um in diesen Zustand zu kommen, müssen andere Bedingungen erfüllt sein als die, die Sie hier anführen. Es müssen Bedingungen sein, welche den Einzelnen tatsächlich wachsen lassen. Dazu gehören die Entwicklung einer eigenen, gefestigten Ich-Identität, die Fähigkeit zur Selbstannahme durch reflektierte und distanzierte Selbsteinschätzung, die natürlich begleitet werden muss durch das erzieherische Personal, also durch Eltern, Lehrer und natürlich auch durch die Freunde, die Entwicklung zur Verantwortungs- und Anstrengungsbereitschaft, zur Leistungsbereitschaft, die Entwicklung von Toleranz und Offenheit für andere, die Entwicklung von Zivilcourage, von Dialog, Kommunikationsfähigkeit, die Fähigkeit, den eigenen Standpunkt engagiert vertreten zu können wie auch die eigenen Regungen und

Wünsche beherrschen zu lernen und Einfühlsamkeit anderen gegenüber zu erwerben, also emotionale Intelligenz zu entwickeln.

Letztlich müssen die Schülerinnen und Schüler, die jungen Erwachsenen dazu geführt werden, das richtige Gespür zu entwickeln, welcher Platz in der Gesellschaft der richtige für sie ist. Dazu würde es auch helfen, wenn wir endlich aufhören, die unterschiedlichen Plätze in der Gesellschaft zu kategorisieren nach wertvoll und nicht so wertvoll. Das würde dieser Geschichte sehr entgegenkommen. Denn wir wissen, dass wir jeden in dieser Gesellschaft brauchen, egal, an welcher Stelle er sitzt.

Dazu gehört eben auch, das Selbstbewusstsein jedes Einzelnen, der dann mit Hilfe dieser Selbstannahme diesen Platz, den er einnimmt, voller Selbstbewusstsein und Eigenwert auch annimmt. Wir brauchen keine Bürger und Bürgerinnen, die wir zu einer Anspruchshaltung erziehen. Denn die können nur schwerlich Träger einer freien Gesellschaft sein.

Aber ich freue mich, dass wir über dieses Moment im Ausschuss diskutieren werden. Ich glaube, das ist von zentraler Bedeutung, weil hier tatsächlich zwei unterschiedliche Sichten auf den Menschen und die Gesellschaft von entscheidender Bedeutung sind. Vielleicht können wir eine fruchtbare Auseinandersetzung im Ausschuss über dieses Bild einmal durchführen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Seifen. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Gebauer das Wort.

**Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn auf drei Beiträge aus diesem Bereich, aber auch zur Aktuellen Stunde kurz eingehen.

Lieber Kollege Ott, wir haben gerade in Bezug auf die Aktuelle Stunde von Worten, Sprache und Taten gesprochen. Sie haben in diesem Zusammenhang hier bei Bildungsgerechtigkeit, bei Bildungschancen von einem „karitativen Gnadenbrot“ gesprochen. Ich muss sagen, das hat bei mir vieles ausgelöst, und ich würde in diesem Zusammenhang auch noch einmal um etwas bitten, was ich gestern schon getan habe: Was tun wir eigentlich unseren Kindern, unseren Jugendlichen an, wenn wir mit solchen Begriffen über sie, über ihre Zukunftschancen, über ihre Bildungschancen sprechen? Da appelliere ich an alle, dass wir mit solchen Dingen sehr vorsichtig umgehen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Frank Müller [SPD])

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Frau Ministerin, es ist ...

**Yvonne Gebauer,** Ministerin für Schule und Bildung: Zweitens. Ich sehe gerade Herrn Kutschaty hier sitzen. Sie haben in der Aktuellen Stunde, aber auch am gestrigen Tage angesprochen, für wie sinnvoll Sie es erachten, dass wir es in Bezug auf Antisemitismus, aber natürlich auch in Bezug auf Bildung generell ermöglichen sollten, unseren Kindern und Jugendlichen eine Fahrt zu den Gedenkstätten nach Auschwitz – wir haben auch noch viele andere – zu ermöglichen.

Ich teile diese Auffassung sehr. Ich weiß, dass meine Vorgängerin, Frau Löhrmann, sich sehr in Bezug auf die Erinnerungskultur eingesetzt hat. Ich muss aber sagen, wir hätten schon viel früher in diesem Zusammenhang anfangen können, diese Erinnerungskultur zu unterstützen, wenn es nicht der damalige – das kann ich Ihnen nicht ersparen – Finanzminister unterlassen hätte, gerade für die Erinnerungskultur Geld zur Verfügung zu stellen. Wir stellen jetzt 1 Million Euro den Schülerinnen und Schülern unter anderem auch für solche Fahrten zur Verfügung, um genau so, wie Sie es richtig finden, unseren Schülerinnen und Schülern diese Fahrten zu ermöglichen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Jetzt habe ich gesehen, dass ...

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Es ist mittlerweile eine Kurzintervention. Insofern fahren Sie ganz einfach fort.

**Yvonne Gebauer,** Ministerin für Schule und Bildung: Drittens. Ich möchte Herrn Bolte ansprechen. Sie haben davon gesprochen, dass nicht sein darf, dass wir alles kaputtsparen. Ja, da bin ich bei Ihnen. Aber es geht auch nicht, dass wir alles versprechen, ohne zu sagen, woher es kommen soll.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das ist nicht seriös. Sie fordern in dem SPD-Antrag den Zusammenhalt und auch die Solidarität in der Gemeinschaft. Auch das kann ich unterstützen. Aber dann muss man sich die Forderungen auch anschauen. Ich weiß nicht, ob es wirklich solidarisch ist, wenn man an dieser Stelle ein kostenloses Mittagessen für alle Kindergartenkinder und für alle Grundschulkinder im Rahmen der OGS fordert. Das steht dort. Ist es solidarisch, dass diejenigen entlastet werden, die es sich durchaus leisten könnten, ein Mittagessen für ihre Kinder zu bezahlen,

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

und dann am Ende des Tages feststellen zu müssen, dass das Geld an anderer Stelle doch wieder fehlt.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Deswegen wäre ich dafür, dass man sich schon genau anschaut: Wo ist es möglich, wo ist es nicht möglich? Und wen belasten wir bzw. wen entlasten wir?

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Jetzt zurück zum Antrag. Sie fordern den Landtag auf, Zukunftsprogramme für mehr Chancengleichheit, für mehr Geld und mehr Zeit für Familien zu starten und eine Offensive „Respekt und Leistungsgerechtigkeit“ auf den Weg zu bringen.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Sie fordern hier die Umsetzung einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen. Wir haben gehört, wir werden in diesem Zusammenhang gleich von den beiden Rednerinnen der SPD etwas erfahren.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich darf Ihnen sagen: Viele Forderungen, die dort stehen, sind berechtigt, aber – auch das ist schon gesagt worden – viele Forderungen sind bereits auch in der Umsetzung. Wir haben in Nordrhein-Westfalen mit umfangreichen Programmen und Offensiven schon längst begonnen. Denn die Themenfelder, die Sie benennen, sind wichtige Handlungsfelder, ohne Zweifel, aber sie sind nicht nur für Sie wichtige Handlungsfelder, sondern sie sind auch für die Landesregierung wichtige Handlungsfelder, zu denen wir bereits Maßnahmen ergriffen haben.

Vielleicht darf ich an dieser Stelle, einmal einige Maßnahmen exemplarisch aufgreifen.

Sie haben die Offene Ganztagschule in Nordrhein-Westfalen angesprochen. Ich glaube, wir dürfen hier sagen, dass dies ein Erfolgsmodell ist. An dieser Stelle – Sie kennen mich – kann ich auch denjenigen die Erfolge zugestehen, für die sie zuständig sind. Es war Rot-Grün, die die Offene Ganztagschule hier in Nordrhein-Westfalen eingeführt hat. Das muss man ganz deutlich sagen. Wir haben sie entsprechend fortgeführt, und das tun wir auch jetzt, weil sie ein wichtiges Modell ist, das mehr Zeit für Bildung und Betreuung ermöglicht. Sie trägt auch maßgeblich zur Vereinbarkeit von Familien und Berufsleben bei. Sie leistet damit einen unverzichtbaren Beitrag zu mehr individueller Förderung und Integration und damit natürlich auch zu mehr Chancengerechtigkeit.

Jetzt kommen wir einmal zu den Dingen, die wir als Landesregierung getan haben. Wir haben die Plätze im Offenen Ganztage kontinuierlich ausgebaut. Ab dem 1. August 2021 stehen in Nordrhein-Westfalen insgesamt 354.670 Plätze in der Offenen Ganztagschule zur Verfügung. Wir haben mit nur drei Haushalten die Zahl der Plätze um 47.000 erhöht. Alle von

den Schulträgern beantragten Plätze hat das Land in jedem Jahr genehmigt.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Im Jahr 2021 investiert das Land 602 Millionen Euro in die Offene Ganztagschule. Das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Jahr 2017 um 32,5 %. Die geforderte Ausbauoffensive ist also Realität.

Auch auf die Herausforderungen der Pandemie im Besonderen haben wir mit zusätzlichen Maßnahmen reagiert. Um zum Beispiel die Arbeitsbelastungen, die mit den wichtigen Hygienemaßnahmen einhergehen, ein Stück weit abzufedern, haben wir ein Helferprogramm für die Ganztags- und Betreuungsangebote aufgelegt. Es stehen insgesamt 29,5 Millionen Euro zur Verfügung, welche den Bezirksregierungen auch zur Bewirtschaftung zugewiesen wurden.

Bezüglich des angekündigten Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz für Kinder im Grundschulalter – auch Thema des vorliegenden Antrags – hat der Bund einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt.

In diesem Zusammenhang darf ich sagen: Sie fordern den Rechtsanspruch ab dem Jahr 2025. Wir sind aber schon ein Stück weiter. Denn Ihr Minister, Olaf Scholz, hat sich dazu entschlossen, diesen Rechtsanspruch nicht im Jahre 2025 an den Start gehen zu lassen, sondern stufenweise erst ab dem Jahr 2026.

In diesem Zusammenhang ist wichtig – das sei auch noch erwähnt –, dass die Hauptverwaltungsbeamten der Kommunen, also die Landräte, Bürgermeister und Oberbürgermeister, in Bezug auf den Rechtsanspruch für die OGS, obwohl sie das von der Sache her alle als richtig und wichtig ansehen, sehr zurückhaltend sind, was die Umsetzung anbelangt, weil wir in einigen Bereichen tatsächlich immer noch dabei sind, den Rechtsanspruch im Kindergartenbereich umzusetzen. Daher haben viele darum gebeten und gesagt: Bitte nicht jetzt und auch nicht im Jahr 2025, sondern zu einem späteren Zeitpunkt.

Aus Sicht des Landes ist auch weiterhin die Frage unbeantwortet, wie der Bund seine auskömmliche Beteiligung an den laufenden Betriebskosten sicherstellen will. Ich sage gleichwohl: Uns ist das wichtig. Uns liegt viel daran, Familien mit kleinen Kindern in Nordrhein-Westfalen unmittelbar und spürbar zu entlasten. Dazu gehört natürlich auch der Platz in der OGS.

An dieser Stelle würde ich es erst einmal damit bewenden lassen und freue mich auf die Kurzintervention.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Dann erteile ich auch Herrn Abgeordneten Ott das Wort für 90 Sekunden Kurzintervention.

**Jochen Ott (SPD):** Vielen herzlichen Dank. – Frau Ministerin, es ist schon dreist, meine Rede einfach umzudeuten. Ich habe eben nicht von Jugendlichen gesprochen. Vielmehr habe ich die verschiedenen Aufstiegsbegriffe der Parteien analysiert und die Definition des Begriffs „Aufstieg“ der CDU beschrieben. Ich habe nicht über Kinder und Jugendliche gesprochen.

(Zuruf von Alexander Brockmeier [FDP])

Das kann man im Protokoll nachlesen. Sie haben das umgedeutet. Es ist nicht fair und nicht in Ordnung, so etwas herauszugreifen und in einen anderen Kontext zu stellen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich werde aber die Chance nutzen, in der Kurzintervention darauf hinzuweisen, dass wir an einer Stelle tatsächlich unterscheiden. Wir wollen die starken Einkommen in Deutschland zwar nicht weiter entlasten. Aber wir sind sehr wohl der Meinung, dass alle Kinder, egal ob sie bei einkommensschwachen oder einkommensstarken Eltern wohnen, in der Lernmittelfreiheit, was Digitalisierung angeht, unterstützt werden müssen. Das ist der Unterschied.

Dazu wollen wir dem Staat die Finanzmöglichkeiten geben – durch ein gerechtes Steuersystem, in dem die, die mehr haben, eben mehr bezahlen müssen. Das will die FDP nicht, wir aber schon.

(Beifall von Frank Müller [SPD])

Beim Thema „Ganztag“ ärgert mich sehr, dass hier die Verwaltungsspitze gesprochen hat und nicht die Politikerin.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Wahlkampf!)

Warum sagen Sie uns denn nicht das, was Sie auch im Wahlkampf 2017 allen versprochen haben? Sie haben bei den Diskussionen über die Offene Ganztagschule gesagt: Wir wollen Qualitätsstandards. Wir wollen sie auch umsetzen. – Wo sind denn die Schritte hin zu Qualitätsstandards? Wie ist denn der Weg bis zum Jahr 2026?

Die Probleme der Landkreise zu hören, ist das eine. Aber das andere ist die Frage, wie Sie es denn umsetzen.

Ich möchte zum Schluss daran erinnern, dass der Deutsche Beamtenbund heute in einer Pressemitteilung sagt – ich finde es schon ein bisschen verwunderlich, wie deutlich er wird –, die Initiativen für das Personal in Nordrhein-Westfalen seien ein Sammelsurium von Kleinigkeiten.

Wo ist denn der Entwurf der Regierung, um solche Themen umzusetzen? Ich sehe ihn nicht.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Daher bitte ich Sie, bei der Zitatwahl doch etwas sorgfältiger zu sein und gleichzeitig diese Themen vielleicht einmal mit zu beantworten.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank. Das waren jetzt etwas mehr als 90 Sekunden Kurzintervention. – Frau Ministerin, Sie haben die Gelegenheit zur Erwiderung.

**Yvonne Gebauer,** Ministerin für Schule und Bildung: Herzlichen Dank. – Wenn es so herübergekommen sein sollte, dass ich gesagt habe, dass es in Bezug auf die Jugendlichen und Kinder den Spruch Ihrerseits gegeben hat, dann nehme ich das zurück. – Bitte?

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Alles gut. Entschuldigung. Hier gab es ein technisches Problem.

**Yvonne Gebauer,** Ministerin für Schule und Bildung: Geklärt? – Okay.

Lieber Herr Ott, wenn ich mich dahin gehend ausgedrückt haben sollte, dass ich Ihr Zitat auf die Kinder und Jugendlichen gemünzt habe, dann nehme ich das zurück. Ich habe es auf die generelle Sprache gemünzt.

Ich habe es an dieser Stelle am gestrigen Tag schon einmal gesagt: Wenn wir generell über Kinder und Jugendliche sprechen, nämlich über Bildungschancen, über Bildungsgerechtigkeit und über Zukunftschancen unserer Kinder und Jugendlichen, dann mahne ich generell immer zu Sorgsamkeit, welche Sprache wir benutzen, weil ich einfach Sorge habe, was eine bestimmte Sprache mit unseren Kindern macht. Ich will das Zitat jetzt nicht noch einmal wiederholen.

Wenn Sie das in einem anderen Zusammenhang gesagt haben, nämlich in Bezug auf die Definition des Begriffs „Aufstieg“ der CDU, dann nehme ich das zurück.

Ich appelliere aber gleichwohl an alle, dass wir uns, was die Sprache angeht, wenn wir von Kindern und Jugendlichen sprechen, doch alle sehr darum bemühen sollten, hier die richtigen Worte zu finden.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

In Bezug auf die Qualitätsstandards habe ich gerade, glaube ich, sehr ausführlich dargelegt, wie viel Geld auch das Land in die OGS investiert, nämlich 602 Millionen Euro.

Sie wissen aber auch – Sie kennen die Gespräche –, dass wir zum Beispiel gerade beim OGS-Ausbau in

großen Städten, in großen Kommunen, an die Grenze kommen.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Definitiv ja!)

Wenn wir dabei – auch das ist immer wieder die Diskussion in dem Zusammenhang – Qualitätsstandards setzen, zum Beispiel, was die Größe der Gruppen angeht, dann wissen wir, dass diese Städte an ihre Grenze kommen. Im Umkehrschluss heißt das, dass Kinder dann nicht mehr angenommen werden können.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Auch das sind Diskussionen, die wir in der Vergangenheit geführt haben und die wir in der Zukunft natürlich weiter führen müssen.

Man muss an dieser Stelle so ehrlich sein, zu sagen: Wir wollen alle Qualität, ...

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte achten Sie auf die Zeit.

**Yvonne Gebauer,** Ministerin für Schule und Bildung: ... aber müssen schauen, was passiert, wenn wir diese Standards auch gesetzlich verankern. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Ministerin. Es waren etwas mehr als 90 Sekunden für die Antwort auf die Kurzintervention. Da Sie im Übrigen aber noch reichlich Redezeit hatten, haben wir es so laufen lassen. – Jetzt habe ich eine weitere Wortmeldung von Frau Abgeordneter Vogt für die Fraktion der CDU.

**Petra Vogt (CDU):** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, über Familien- und Bildungspolitik zu reden, ist immer wichtig. In Zeiten von Corona ist es in der Tat noch wichtiger.

Umso bedauerlicher ist, dass wir seit gestern in diesem Kontext keine Bundesfamilienministerin mehr haben.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das bedauern Sie doch wahrscheinlich am meisten, denke ich.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Daher ist die Intention Ihres Antrags durchaus zu unterstützen. Leider vergessen oder ignorieren Sie dabei, was diese Landesregierung, und zwar bereits vor Corona, auf den Weg gebracht hat.

Natürlich ist es jetzt in der Pandemie einfacher, zu sagen: Das ist zu wenig; wir fordern mehr. – Aber gut; das ist vielleicht auch schlicht und ergreifend Oppositionsgeschäft.

Sehr geehrte Damen und Herren, schauen wir uns einmal die Forderungen des Antrags an. Da sticht mir persönlich vor allem das Thema „Bildungs- und Chancengleichheit“ ins Auge – eben ja auch von Ihnen noch einmal betont.

Wenn man sich Ihren Antrag hinsichtlich dieser wichtigen Thematik an einigen Stellen ansieht, könnte man fast meinen, dass sich der Antrag auf den bereits bestehenden Schulversuch der Talentschulen bezieht. Sie sprechen von: Bildungserfolg unabhängig von Herkunft; Talente früh entdecken und fördern; Bildungschancen insbesondere dort fördern, wo es wenig davon gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, es tut mir leid; aber all diese berechtigten Forderungen finden Sie bereits im Konzept der Talentschulen wieder. Das heißt: Ihre Forderungen haben wir schon lange im Blick.

Und nicht nur das: Nein, sogar Ihr eigener Fraktions- und Parteivorsitzender Thomas Kutschaty findet im Interview mit der Rheinischen Post vom 2. März 2021 für seine Verhältnisse fast schon lobende Worte für die Talentschulen – mit einer kleinen Ausnahme: Er fordert natürlich, dass es mehr als 60 sein sollen. Damit wären wir wieder beim Thema „Oppositionsarbeit“.

Um es kurz zu machen: Die Forderung nach mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit teilen wir. Allerdings hat die Landesregierung diesen Schwerpunkt bereits im Juli 2018 festgemacht, als sie diesen Schulversuch beschlossen hat. Die Rückmeldungen der 35 ersten Talentschulen waren zudem rundum positiv, sodass wir die Bestätigung für dieses Konzept haben, das die Landesregierung gewählt hat.

Darüber hinaus hat die Landesregierung ein weiteres wichtiges Instrument auf den Weg gebracht, um für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Auch das wurde von den Vorrednern schon angesprochen. Mit dem schulscharfen Sozialindex können in Nordrhein-Westfalen erstmals Ressourcen auch auf einzelne Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungen zielgenau verteilt werden. Der Schulsozialindex kommt bereits für die Verteilung eines Teils der Lehrerstellen zum Schuljahr 2021/2022 zur Anwendung. Konkret werden in einem ersten Schritt rund 5.200 Stellen unter Berücksichtigung des Schulsozialindex zugewiesen.

Sie sehen, dass die Landesregierung das Thema „Bildungs- und Chancengerechtigkeit“ fest im Blick hat. Das hat unsere Schulministerin schon gleich nach Amtsantritt deutlich gemacht. Sie hat es gerade

in ihrer Rede auch noch einmal sehr eindeutig unterstrichen.

Deutlich sind in dem Antrag ebenfalls die Forderungen nach mehr Personal. Auch diese Forderungen sind berechtigt. Aber Fakt ist, dass in jedem Haushaltsetat der NRW-Koalition ein Plus an Stellen für den Bereich „Schule und Bildung“ eingeplant war – so auch im Haushalt 2021: Dort stehen 200 neue Stellen für 25.000 zusätzliche Plätze in der OGS im Primärbereich zur Verfügung. Für die OGS sind mehr als 37,7 Millionen Euro zusätzlich eingeplant.

Das sind stolze Zahlen, die die SPD auch mit keinem Antrag dieser Welt schlechtreden kann – erst recht nicht, wenn man an Ihre Regierungszeit zurückdenkt. Sie haben Stellen im Schulbereich gestrichen. Eine unserer ersten Handlungen nach Regierungsübernahme war übrigens – ich weiß nicht, ob Sie sich daran noch erinnern können –, diese Stellen wieder in den Schulhaushalt einzustellen. Darauf bin ich am heutigen Tag sehr stolz.

(Beifall von der CDU und Alexander Brockmeier [FDP])

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Frau Kollegin Vogt, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Ott.

**Petra Vogt (CDU):** Sehr gerne.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Bitte sehr, Herr Abgeordneter Ott.

**Jochen Ott (SPD):** Danke schön, Frau Kollegin, dass Sie die Zwischenfrage erlauben. – Die CDU regiert ja in Berlin mit. Deshalb habe ich folgende Frage: Welche Position haben Sie eigentlich zum Rechtsanspruch auf den Ganzttag, und wie sehen Sie denn die Umsetzung des Rechtsanspruchs in den nächsten Monaten? Das hängt ja miteinander zusammen.

**Petra Vogt (CDU):** Lieber Herr Kollege Ott, diese Frage können Sie sehr gerne mit unserer Bundestagsfraktion diskutieren.

(Ellen Stock [SPD]: Haben Sie keine Meinung dazu?)

Die haben jetzt wahrscheinlich die Schwierigkeit, dass sie keine direkte Ansprechpartnerin mehr haben, weil Ihre Ministerin ja nicht mehr da.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und Kirstin Korte [CDU])

Daher würde ich Sie dahin verweisen.

(Lachen von der SPD – Zuruf von der SPD:  
Das ist ja super!)

– Ja, dann können Sie ja vielleicht eine gewisse Dynamik in die dortigen Gespräche hineinbringen. Vielleicht haben Sie da gute Ideen. Schauen wir einmal.

(Zurufe von Frank Müller [SPD] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wenn ich zum hier vorliegenden Antrag zurückkommen darf: In dem Antrag finden sich viele Positionen und Grundsätze wieder, die denen der Landesregierung in weiten Teilen entsprechen – vor allem hinsichtlich des Bereichs der Bildungsgerechtigkeit. Jenseits aller Auseinandersetzungen finde ich es gut, am heutigen Tage für uns alle noch einmal festzustellen, dass das ein gemeinsames und sehr wichtiges Ziel ist.

Doch wie ich Ihnen an konkreten Beispielen darstellen konnte, hat die NRW-Koalition den richtigen Weg schon eingeschlagen – und das bereits vor der Pandemie. Es ist absolut wichtig, dass wir in Coronazeiten die Bedürfnisse von Familien und Kindern in den Mittelpunkt stellen. Das haben wir ja auch schon gestern in der Unterrichtung durch die Landesregierung gehört. Gerade unsere Jüngsten brauchen in den kommenden Monaten und Jahren unsere volle Aufmerksamkeit.

Da muss ich ganz ehrlich sagen: Wenn wir uns das gemeinsam als Ziel auf die Agenda schreiben, dann bin ich mir sehr sicher, dass wir das auch werden erreichen können.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Daher freue ich mich auf die Diskussion mit Ihnen im Fachausschuss.

(Beifall von der CDU und Henning Höne [FDP])

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Vogt. – Als nächste Rednerin hat nun für die SPD Frau Voigt-Küppers das Wort. Bitte sehr.

**Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD):** Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren! In der letzten Woche war im ZDF ein Film zu sehen, der den Titel „Systemsprenger“ trug. Es ging um ein Mädchen, das durch ganz viele Institutionen gewandert ist, letztendlich in keiner Institution bleiben konnte und dann als Systemsprengerin abgestempelt wurde.

Ich kann Ihnen sagen: In meinem Beruf bei der Begleitung von Kindern und Jugendlichen in einer Wohngruppe habe ich viele solcher Kinder kennengelernt: Kinder, die mehrmals entwertet worden sind, die keine Beziehung hatten, die kein Selbstbewusstsein hatten und die damit zum Störenfried wurden.

Mich hat es sehr bewegt, diesen Film noch einmal zu sehen. Darüber hinaus muss ich gestehen, dass mich schon der Titel zum Nachdenken angeregt hat. Dieses Kind, das nirgendwo eine Heimat, nirgendwo eine Beziehung fand, wurde als Systemsprenger betrachtet.

Ich will an dieser Stelle sagen: Nicht das Kind ist der Systemsprenger. Der Blickwinkel ist nicht richtig. Wir dürfen nicht sagen, dass Kinder, die Schwierigkeiten haben, Systeme sprengen, sondern müssen sagen: Nicht das Kind ist falsch, sondern das System ist falsch.

(Beifall von der SPD)

Genau um diesen Punkt geht es hier, genau um die Frage: Ist das System, so wie wir es heute haben, ausreichend? – Ich möchte deutlich betonen: Ja, es gibt viele, viele Dinge. Ja, Frau Ministerin, ich nehme Ihnen Ihre ehrliche Aufrichtigkeit ab, dass Sie Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit haben wollen. Aber wenn wir feststellen, dass es Ungerechtigkeiten gibt – und das hat sich nach dieser Pandemie mehr als deutlich gezeigt; es gibt keinen dringenderen Zeitpunkt als jetzt nach der Pandemie, wo wir alle von Brennglaswirkung sprechen –, dann müssen wir aktiv werden. Nach der Pandemie ist es Zeit, Bilanz zu ziehen. Nach der Pandemie ist es Zeit, dass wir vielleicht zu Systemsprengern werden.

(Beifall von Frank Müller [SPD])

Da, wo Systeme veraltet sind, falsche Wege gegangen oder verkrustet sind, müssen wir diese Verkrustungen aufsprengen und zum Systemsprenger werden. Da müssen wir lernen, Kinder in ihrer Entwicklung zu unterstützen.

Das hat nichts mit Bevormundung zu tun. Es hat etwas damit zu tun, dass man Kinder ernst nimmt und ihnen da Hilfe gibt, wo sie Hilfe brauchen, und ihnen da Selbständigkeit gibt, wo sie Selbständigkeit probieren können.

In Köln gibt es das Projekt „Balu und Du“. Es heißt deshalb „Balu und Du“, weil es sich den Film „Das Dschungelbuch“ als Vorbild genommen hat. Dieser Film zeigt, wie ein väterlicher Freund einen kleinen Jungen an die Hand nimmt und ihn durch den Dschungel führt – durch den Dschungel des Lebens, durch den Dschungel des Unbekannten. In dem Film sieht man, wie er seine Ängste ernst nimmt und ihm zeigt, wie man mit ihnen umgeht, wie er ihm die Möglichkeiten des Dschungels zeigt, wie er ihm Freundschaften zeigt. Das ist das Sinnbild, das hinter „Balu und Du“ steht.

Dieses Sinnbild steht für uns auch hinter dem Bildungslotsen. Es gibt allerdings eine Erweiterung: Dieser Bildungslotse darf nicht nur auf Zeit in einer Institution sein. Er muss das Kind begleiten.

Es gibt da weitere gute Ideen, die wir alle in unserem System haben. Das PREJOB-Projekt, das auch in Dortmund und Köln existiert, nimmt Schulscheiterer an die Hand, gibt ihnen die Möglichkeit, unter ganz neuen Bedingungen zu lernen, und sagt ihnen: Du darfst auch einmal fehlen, wenn du nicht weißt, wie du deine Rechnungen bezahlen sollst, wenn du Krach mit deinem Freund hast, wenn du Konflikte mit deiner Familie hast. Mach Pause. Wir helfen dir, diese Probleme zu lösen. Wir machen den Kopf frei, damit du dann wieder zu uns zurückkommen kannst.

All das muss in der Bildungsbiografie miteinander verbunden werden. Es gibt „Balu und Du“, PREJOB, Lerncoach und vieles andere mehr. Wir müssen die Systeme zusammenbringen. Das ist der Bildungslotse, der Sprungbrett ist. Aber wenn man scheitert, braucht man unter Umständen auch die Gemeinschaft, die einen auffängt und das Sprungtuch hält.

Darüber hinaus haben wir in der Tat in vielen Diskussionen im Schulausschuss festgestellt, dass es Institutionen gibt, die gar nicht miteinander arbeiten, so dass Wissen über Kinder verloren geht. Wir haben festgestellt, dass in den Kitas häufig Dokumentationen geführt werden und das Wissen an die Grundschulen nicht weitergegeben wird.

Prognos sagt: Wenn es Probleme in der Kita gibt, dann wenden sich die Eltern häufig an die Kita. In der Schule passiert das nicht mehr, weil da das Familienzentrum fehlt. – Warum verbinden wir diese Systeme nicht, nutzen Synergieeffekte und sind dem Kind damit in seinem Lebenslauf und Bildungsverlauf dienlich?

Ich will als Letztes noch einmal den Offenen Ganztage anführen. Gerade der Offene Ganztage ist etwas, worüber wir sprechen müssen, wenn wir über Chancengerechtigkeit reden. Das wissen Sie genauso gut wie ich, Frau Ministerin. Ich will überhaupt nicht aberkennen, dass 47.000 Stellen mehr geschaffen worden sind und dass die Pauschalen erhöht worden sind.

Aber das System „Offener Ganztage“ muss auf den Prüfstand. Wir wissen doch alle, dass es auf der einen Seite Ganztage gibt, der den Namen zum Teil gar nicht verdient, und auf der anderen Seite ausgesprochen guten Ganztage. Das ist ungerecht.

Wir sind der Meinung, dass der Ganztage der Ort ist, wo wir Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit ausüben können. Da ist die Zeit, die unsere Kinder verloren haben. Da können wir sie individuell fördern. Darüber müssen wir uns Gedanken machen.

Ich will Ihnen ehrlich sagen: Bis jetzt habe ich an der Stelle von Ihnen noch nicht viel gehört. – Ich hoffe, dass wir das im Ausschuss noch weiter miteinander diskutieren werden. Ich auf jeden Fall freue mich auf die Diskussion und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Voigt-Küppers. – Als weitere Rednerin für die Fraktion der SPD hat Frau Kollegin Kopp-Herr das Wort.

**Regina Kopp-Herr (SPD):** Danke schön. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete. Ich muss jetzt einen Parforceritt machen, weil mir sehr bewusst ist, dass ich kaum noch Zeit habe.

Dass Familien systemrelevant sind, haben wir gestern und heute gehört. Als Mutter von vier erwachsenen Kindern weiß ich, dass das Energie, Ausdauer und Ein-sich-selbst-Zurücknehmen bedeutet und dass man sich immer wieder dafür einsetzen und stark werden muss.

Neben dem Zeitaufwand, den Familien haben, steht oftmals noch die Sorge um das liebe Geld. Beides, Zeit und Geld, sind Ressourcen, die in Familien oftmals knapp sind. Deswegen wollen wir Zukunftsprogramme entwickeln. Ich kann jetzt nicht mehr näher darauf eingehen; aber es ist zum Teil schon angeklungen: gebührenfreie Bildung, Lernmittelfreiheit vom Zirkel bis zum digitalen Endgerät. Das ist uns wichtig.

Die Zeit ist ein wertvolles Gut. Deswegen wollen wir uns für Familienarbeitszeitmodelle einsetzen, bei denen Eltern jüngerer Kinder ihre Arbeitszeit reduzieren und dafür einen Lohnausgleich bekommen.

Ans Ende setze ich das Zitat von John F. Kennedy, der einmal gesagt hat:

„Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung“.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Beratungen in den Ausschüssen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Kopp-Herr. – Jetzt hat noch einmal Frau Ministerin Gebauer für die Landesregierung das Wort.

**Yvonne Gebauer,** Ministerin für Schule und Bildung: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann es kurz machen, muss aber nicht ganz so durchrasen wie meine Kollegin zuvor. Zwei Dinge möchte ich kurz ansprechen.

Ja, Frau Voigt-Küppers, ich bin bei Ihnen: Kein Kind ist falsch. Das ist so, und das müssen wir immer wieder zum Ausdruck bringen. Wenn etwas nicht richtig läuft, hat das nicht mit dem Kind an sich zu tun, sondern mit vielen anderen Bereichen und sicherlich auch an der einen oder anderen Stelle mit dem System. Das konnten wir jetzt in der Pandemie ganz gut feststellen.



Sie haben die Familiengrundschulzentren angesprochen. Ja, diese sind wichtig und richtig. Sie fordern entsprechend deren Ausbau. Aber ich darf auch sagen, dass wir hier bereits tätig sind und konkret handeln.

Wir wissen, dass Familiengrundschulzentren dort unterstützen und vernetzen – Sie haben es angesprochen –, wo sich Kinder täglich aufhalten und begegnen. Landesweit werden sie an rund 50 Standorten in 17 Kommunen über das Landesprogramm „kinderstark – NRW schafft Chancen“ entsprechend gefördert.

Wir haben als Ministerium für Schule und Bildung am 23. März dieses Jahres noch eine weitere Förderrichtlinie zu den Familiengrundschulzentren im Ruhrgebiet veröffentlicht. Ich glaube, dass sie dort gut angesiedelt sind. Dieses Projekt des MSB ist Teil der Ruhr-Konferenz und fördert den Ausbau und Betrieb von Familiengrundschulzentren in den Kommunen des Ruhrgebiets.

Wir haben für das Haushaltsjahr 2021 Mittel in Höhe von 1 Million Euro für diese Förderung bereitgestellt. Die ersten von unserem Hause geförderten Familiengrundschulzentren werden dann voraussichtlich nach den Sommerferien 2021 ihren Betrieb aufnehmen.

Es war mir wichtig, Ihnen mitzuteilen, dass wir in diesem Zusammenhang als Ministerium tätig geworden sind und die Familiengrundschulzentren nach den Sommerferien starten können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Ministerin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor, sodass wir am Schluss der Aussprache angelangt sind.

Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, den Antrag Drucksache 17/13777 an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend –, an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich darf fragen, ob es hier Gegenstimmen gibt. – Enthaltungen? – Dann stelle ich die einstimmige **Zustimmung zu dieser Überweisungsempfehlung** fest.

Ich rufe auf:

**3 Abschlussbericht der Enquetekommission „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“ (Enquetekommission III)**

Abschlussbericht  
der Enquetekommission III  
gemäß § 61 Absatz 3  
der Geschäftsordnung  
Drucksache 17/13750

zu dem Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 17/3754

Ich erteile zuerst dem Vorsitzenden der Enquetekommission III, dem Abgeordneten Dr. Stefan Nacke, das Wort zu einer mündlichen Berichterstattung.

**Dr. Stefan Nacke (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Lieber Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Es ist vollbracht“, entfuhr es mir nach der Abschlussabstimmung am 19. März nach 32 Kommissionssitzungen, ebenso vielen Obleuterunden, unzähligen Arbeitskreisbesprechungen in den Fraktionen und Referentenrunden, neun Anhörungen und Fachgesprächen sowie einer Klausurtagung in meiner schönen Heimatstadt Münster.

18 Kommissionsmitglieder, 13 Abgeordnete, fünf Sachverständige haben gemeinsam mit den Referentinnen und Referenten der Fraktionen, der wissenschaftlichen Referentin des Kommissionssekretariats sowie sich abwechselnden Kommissionsassistenten unter Hilfe des Sitzungsdokumentarischen Dienstes 83 externe Sachverständige angehört, 30 schriftliche Stellungnahmen und ein umfangreiches Gutachten ausgewertet und 85 Handlungsempfehlungen entwickelt, die gemeinsam mit den thematischen Problemaufrissen 152 Seiten unseres Abschlussberichtes ausmachen.

„Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“. Das Thema der Enquetekommission, das demokratietheoretische, nämlich partizipative sowie föderale Perspektiven, in gewisser Weise Struktur und Semantik, miteinander verschränkt, hatte die CDU-Fraktion beantragt.

Der einstimmige Einsetzungsbeschluss ist auf den 12. Oktober 2018 datiert, und die konstituierende Sitzung fand dann am 11. Dezember statt. Eigentlich wollten wir zu den unterschiedlichen politischen Ebenen, Kommune, Land und Europa, weitere Klausurtagungen mit Anhörungen in Berlin und Brüssel durchführen. Doch die Pandemie hat dies verhindert. So sind auch wir in einen digitalen Arbeitsmodus gekommen und haben die Vor- und Nachteile erlebt, wenn man formal auf die zwei Dimensionen des Bildschirms beschränkt wird und informelle Zufallsgelegenheiten durch gezielt intendierte Kommunikation kompensiert werden müssen.